

Marburger Bund

EUROPAS GRÖSSTER ÄRZTEVERBAND

Nr. 1/19, Januar 2007

MBZ



■ Politik im Blindflug

Ohne Rücksicht auf wissenschaftliche oder sachlich-fachliche Erkenntnisse kommt die Reform.

Seite 3

■ MB-Website

Die Marburger-Bund-Website und ihre internen Bereiche – so finden Sie alles!

Seite 4

■ Vertragsarztrecht

Neue Gestaltungsmöglichkeiten gibt es für die Berufsausübung in Krankenhaus und Praxis.

Seite 5

■ MB-Tarifpolitik

Neue Netzwerke, wichtige Fristen und mehr auf

Seite 6

■ Schulungsangebot

Personal-, Betriebs- und Aufsichtsräte – der MB braucht sie dringend.

Seite 6 und 7

■ Seminare

Diesmal auch mit Angeboten zu Weiterbildungsstudiengängen, zertifizierten Kursen sowie Kongressen.

Seite 8

■ Landesverbände

In dieser Ausgabe auf den

Gesundheitsreform

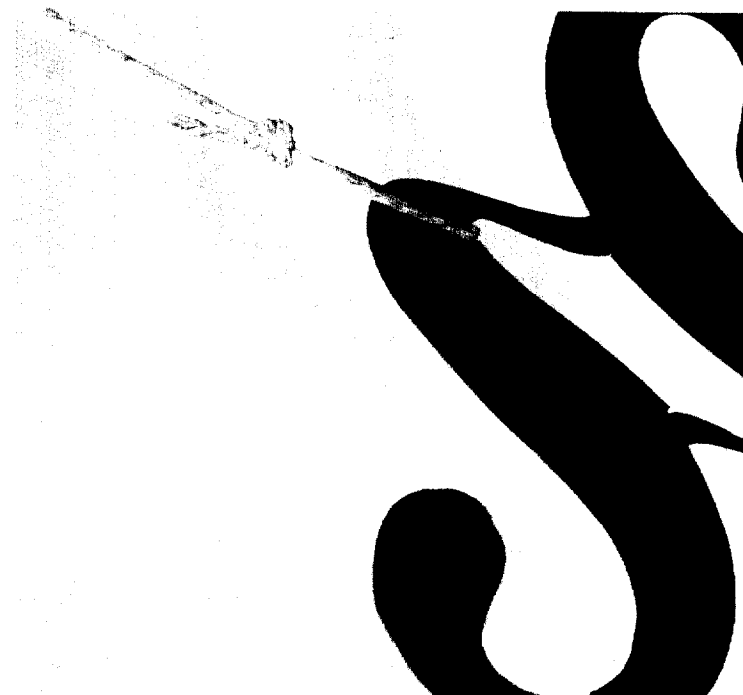
Kompromiss auf Biegen

Diskussion um Kürzungen der Landesbasisfallwerte geht weiter

Berlin (lure). Die große Koalition hat ihre dritte Einigung zum Streit um die Gesundheitsreform öffentlich verkündet. Die vergangene Einigung im Oktober vergangenen Jahres hat zu einem Eckpunktepapier, zur vehementen Kritik nahezu aller Patientenverbände, Leistungserbringer und Kostenträger im Gesundheitswesen sowie 104 Änderungsanträgen im Bundesrat geführt. Diese Kritik wird anhalten – zumal einige Fragen offen bleiben.

So wird selbst von den Spitzenpolitikern die Diskussion um den Umfang der geplanten Kürzungen der Finanzen der Krankenhäuser, der Landesbasisfallwerte sowie bei Rettungsfahrten und Krankentransporten als offen betrachtet. Dieser sogenannte Sanierungsbeitrag soll insbesondere hinsichtlich einer möglichen Differenzierung geprüft werden. Für die Deutsche Krankenhausgesellschaft steht fest: Die Länder dürfen nicht zulassen, dass 500 Millionen Euro aus der regionalen Krankenhausversorgung abgeschöpft werden, um den Bundeshaushalt zu sanieren. Die Folgen für die stationäre Versorgung wären deutlich spürbar. Bereits jetzt wird kräftig gespart (Artikel dazu auf S. 3).

Weiter gestritten wird auch um eine Klausel zum Finanzausgleich zwischen gesetzlichen



Auch durch Ziehen und Zerren wird die Gesundheitsreform nicht viel be

Krankenkassen: „Bei der Ermittlung der Höhe der Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds ist sicherzustellen, dass sich die Be- und Entlastungen aufgrund der Einführungen des Gesundheitsfonds für die in einem Land tätigen Krankenkassen in jährlichen Schritten von jeweils höchstens 100 Millionen Euro aufbauen.“ So steht es im bislang aktuellen Gesetzesentwurf. Dies lässt die Interpretation zu, die Mehrbelas-

tungen für die Kassen einzelner Länder könnten jährlich um 100 Millionen Euro steigen. Aber wann wäre das Ende dieser möglicherweise jährlich wachsenden Fahnenstange erreicht? Die Schätzungen der Gutachter zu den möglichen Höherbelastungen schwankt je nach Auftraggeber von bis rund 100 Millionen Euro nach Rürup/Wille und bis zu 1,61 Milliarden Euro laut Institut für Mikrodaten-Analyse (iMDA). Da